

Partner der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten



Aussiedler und Spätaussiedler

Als Deutsche aus Ostmittel, Ost und Südosteuropa sowie den asiatischen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion haben die Aussiedler und Spätaussiedler besonders hart unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs und des Stalinismus gelitten. Trotz vieler Schwierigkeiten haben sie als Deutsche ihre kulturellen Traditionen und, wo dies möglich war, auch ihre Muttersprache weiter gepflegt. Deshalb haben wir eine besondere Verantwortung für die Aussiedler, Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen.

Unsere Politik

Die zu uns kommenden Aussiedler und Spätaussiedler mit ihrem Können und Fleiß sowie ihren kulturellen Traditionen sind eine Bereicherung für unser Land. Mit ihrer Aussiedlung nach Deutschland nehmen sie ein grundgesetzlich verbrieftes Recht in Anspruch, das nicht beliebig zur Disposition gestellt werden darf.

Wir stehen nach wie vor zum Artikel 116 unseres Grundgesetzes. Eine Abschaffung kommt für uns nicht infrage. Dies verbietet nicht zuletzt das Schicksal der betroffenen Menschen. Die zu uns kommenden Aussiedler und Spätaussiedler sind Deutsche.

Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass den Menschen, die in ihren Herkunftsgebieten bleiben möchten, eine dauerhafte Perspektive geboten wird. Für uns ist es selbstverständlich, an der gesetzlichen Vermutung des allgemeinen Kriegsfolgenschicksals für die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion festzuhalten.

Um eine erfolgreiche Eingliederung bzw. „Beheimatung“ der zu uns kommenden Spätaussiedler in unsere Gesellschaft zu erleichtern, setzen wir uns dafür ein, die Integrationsmaßnahmen auszubauen und entsprechend der jeweiligen Notwendigkeiten fortzuentwickeln. Wir wollen die Aussiedler und Spätaussiedler in ihrer Selbstidentifikation als Deutsche stärken.

Die Anerkennung von Ausbildungs- und Studienleistungen stellt eine hohe Hürde für die Aufnahme einer der Ausbildung entsprechenden Tätigkeit dar. Hier besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Wir treten ein für mehr Transparenz, Schnelligkeit und bundesweit einheitlichere Regelungen in den Anerkennungsverfahren für Ausbildungs- und Studienleistungen. Darüber hinaus befürwor-

ten wir Entwicklung und Ausweitung zielgerichteter Programme, um fehlende Qualifikationsbestandteile nachholen zu können.

Innerhalb von CDU und CSU setzen wir uns dafür ein, Aussiedler und Spätaussiedler stärker in die aktive politische Arbeit einzubinden und sie auf dem Weg in politische Ämter zu begleiten.

Die Kultur der Deutschen aus Ostmittel, Ost und Südosteuropa und das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen und Aussiedler sind fester Bestandteil der deutschen Kulturnation und Teil der gesamtdeutschen Identität.

Bund, Länder und Kommunen müssen hinreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, um den Erhalt bzw. die Fortentwicklung gemäß § 96 des Bundesvertriebenen und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) zu gewährleisten.

Die Arbeit des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in den vergangenen 30 Jahren war, ist und bleibt ein wichtiger Garant für die Aufnahme und Eingliederung der zu uns kommenden Spätaussiedler und die Unterstützung der deutschen Volksgruppe. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Amt auch zukünftig Bestand hat.

Unsere Erfolge

Unter den CDU/CSU-geführten Bundesregierungen zwischen 2005 und 2021 konnten die Integrationsmöglichkeiten für Spätaussiedler entscheidend verbessert werden.

Im CDU-Grundsatzprogramm sind auch durch die Mitwirkung der OMV die Belange der Spätaussiedler in Kontinuität vertreten. Dort wird in historischer Verantwortung an der Politik der Spätaussiedleraufnahme bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsgebieten festgehalten.

Weiterhin werden deren Beiträge zur gesamtdeutschen Kultur hervorgehoben. Mit dem Grundsatzprogramm ist gewährleistet, dass die CDU auch in der Zukunft die verlässliche politische Kraft an der Seite der Aussiedler und Spätaussiedler sein wird. An dieser Programmatik als Grundlage unserer Politik wollen wir festhalten.

Im Bereich der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sorgten CDU/CSU dafür, dass Aussiedler und Spätaussiedler, die ihre Berufsqualifikation in ihren Herkunftsgebieten erworben haben, ihre Ausbildung bzw. ihr Studium zusätzlich zu den bisherigen Möglichkeiten auch über das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) anerkennen bzw. bewerten lassen können.

Mit den im Rahmen dieser Feststellung ausgestellten Bescheiden können die Betroffenen in Deutschland sich an den Erwerb notwendiger Nachqualifikationen machen und letztlich leichter wieder in ihren erlernten Berufen arbeiten. Die Anerkennungsmodalitäten gemäß BQFG werden fortwährend verbessert.

Mit dem „Neunten und Zehnten Gesetz zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes“ konnte die Verantwortung gegenüber dem Schicksal der Deutschen aus Russland und im Hinblick auf Familientrennungen immens gestärkt werden. So entfiel der Begriff der „Härte“ komplett aus der Gesetzgebung. Auf das Erfordernis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache bei Ehegatten und Abkömmlingen von Spätaussiedlern wird verzichtet, wenn sie wegen einer Krankheit keine Sprachkenntnisse besitzen können. Damit hat eine Angleichung der Regelung für den Nachzug von Ehegatten von Ausländern an das Aufenthaltsgesetz stattgefunden. Ebenfalls möglich wurde die nachträgliche Einbeziehung von Familienmitgliedern in bereits bestehende Aufnahmebescheide sowie das Wiederaufgreifen bislang unanfechtbar abgeschlossener Verfahren.

In der Kulturarbeit ist es uns und unseren Partnern mit der Unterstützung der Unionsparteien mit dem Bundeshaushalt 2017 gelungen, das Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold aufzuwerten und als bundesweit angesehene Kulturinstitution zu etablieren. Außerdem konnte ein eigenes Kulturreferat für die Russlanddeutschen eingesetzt werden.

Wichtige offene Anliegen

Unter der 2021 gewählten Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist nun die wichtigste Aufgabe, die erreichten Erfolge zu sichern.

Darüber hinaus bemüht sich die OMV in enger Abstimmung mit der CDU/CSU, der Bundestagsfraktion sowie den Ver-

bänden der Betroffenen, die Rentensituation der Spätaussiedler zu verbessern. Diese sind überproportional häufig von Altersarmut betroffen, was nicht an ihrer Arbeitsbiografie, sondern an Rentenkürzungen der 1990er Jahre liegt.

So erfolgten 1996 etwa eine pauschale Kürzung der durch Beitragszahlung vor dem Zuzug erworbenen Anwartschaften im Sinne des Fremdrentengesetzes (FRG) um 40 Prozent und zusätzlich eine leistungsunabhängige Deckelung der Entgeltpunkte auf einen Betrag unterhalb der Armutsgrenze. Die Kürzungen sind das Produkt einer von der SPD in den 1990er Jahren stark befeuerten, grundlosen Neiddebatte.

Einen Ausgleich für diese Kürzungen hat es nie gegeben. Erschwerend wirkt zudem, dass schon seit 1993 Ehegatten und Abkömmlinge nicht mehr zum FRG-berechtigten Personenkreis zählen. Dadurch führt eine allein auf FRG-Zeiten basierende Alterssicherung Familien deutscher Spätaussiedler zwangsläufig in die Altersarmut.

Die SPD behinderte bis weit ins Jahr 2021 die Einführung eines Härtefallfonds auch für diese Gruppen. Kurz vor Ende der letzten Legislatur gelang es CDU/CSU, den Fonds als Gestaltungsauftrag mit einem Volumen von jeweils einer Mrd. Euro vom Bund und von den Ländern noch einzubringen. Unter der Ampel-Koalition wurde der Härtefallfonds nun auf ein Viertel seines geplanten Volumens zusammengestrichen.

Ein künstlich kleingehaltener Kreis Betroffener soll mit einer Einmalzahlung von 2.500 Euro abgespeist werden. Fünf Bundesländer (Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen) ergänzen den Betrag um die gleiche Summe. Aussiedler sind im Vergleich zu Spätaussiedlern nicht anspruchsberechtigt. Das ist für die Betroffenen nicht angemessen.

Für die OMV bleibt wichtig, dass Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung, die sich durch Änderungen des Rentenrechts ergeben haben, beseitigt werden. Das dazu verfügbare politische Instrumentarium aus Bundesvertriebenengesetz sowie Fremdrentengesetz ist über Jahrzehnte erprobt. Durch kleine Anpassungen könnten hier entscheidende Verbesserungen ermöglicht werden.